

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalterhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7466.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

„Tagblattausgabe“ Nr. 6650-51.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7466.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: Mfr. 27.—, in den Ausgabestellen: Mfr. 28.—, durch die Träger ins Haus gebracht Mfr. 40.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Bezüge keinen Anspruch auf Vorfahrung des Blattes oder Verlängerung des entsprechenden Bezugs.

Anzeigenpreise: Erstmalige Anzeigen Mfr. 7.—, ständige und zahlbarweise Anzeigen Mfr. 10.—, auswärtsige Anzeigen Mfr. 10.—, ständige Anzeigen Mfr. 20.—, auswärtsige Anzeigen Mfr. 25.— für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verleger: Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Freitag, 25. August 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 394. • 70. Jahrgang.

Der irische Bürgerkrieg.

Die Ermordung Michael Collins, des Oberbefehlshabers der irischen Freistaatsarmee, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf dieses unglückliche Land, von dem man noch vor wenigen Monaten glaubte, daß ihm nach dem Friedensschluß mit Großbritannien Ruhe beschieden sei. Allein diese Hoffnung hat nicht lange vorgehalten. Als bald nach der Befragung des irischen Volkes über die Annahme oder Ablehnung des Londoner Friedensschlusses begann der Bürgerkrieg. Anfanglich hatten auch die Kreise um die Valera dieser Befragung zugestimmt. Nachdem aber die Entscheidung, freilich mit knapper Mehrheit, gegen ihren eigenen intransigenten Standpunkt ausgefallen war und damit ihre Hoffnungen in die Brüche gingen, fügten sie sich dem Mehrheitsbeschluss des Volkes nicht und griffen zu den Waffen, um die Annahme der neuen Verfassung zu verhindern. So wurde aus dem irischen Bürgerkrieg, in dem sich ursprünglich Sinnfeiner, Ulsterleute und Engländer gegenüberstanden, ein reiner Bürgerkrieg, in dem sich nur noch Sinnfeiner und Ulsterleute blutig bekämpften. Die abscheulichen Terrorakte, die man nördlich im Kampfe gegen England angewandt hatte, waren nun gerade schlecht genug, um vom Bruder gegen den Bruder angewandt zu werden. Nordiraten scheußlichster Art, Mordanschläge, Anzünden von Häusern und ähnliche Dinge mehr sind seitdem an der Tagesordnung. Ein Racheakt löst den anderen ab.

Wenn man den Ursachen dieses Bürgerkrieges nachgeht, so stößt man einerseits auf einen übertriebenen Nationalismus, auf der anderen Seite auf jenen religiösen Fanatismus, der schon so viele Bluttaten zwischen den katholischen Südländern und dem protestantischen Norden gezeitigt hat. Noch heute steht nicht endgültig fest, ob der vor etwa 8 Tagen erfolgte plötzliche Tod des Präsidenten von Südirland, Arthur Griffith, der freilich schon ein alter Mann war, ein natürlicher war, oder ob nicht die Anhänger der Valera diesen verhassten Gegner gewaltsam beseitigt haben. Jedenfalls war der Verlust, der den jungen irischen Freistaat durch den Tod des Präsidenten des Dail Eireann traf, außerordentlich schwer. Collins wurde dadurch der alleinige Führer der südlichen Regierung, die nun durch seine Ermordung ihres tatkräftigsten Mannes und gleichzeitig des Oberbefehlshabers der Freistaatsarmee beraubt ist. Beide Männer, die seinerzeit den Vertrag mit Lloyd George durchgeführt hatten, sind nun tot. In Collins verlor das irische Volk einen seiner populärsten Persönlichkeiten. Als Mitstifter des Vertrages mit London war er Mitglied der provisorischen Regierung gewesen, hatte das südliche Staatswesen fest gegründet und als Oberbefehlshaber der südlichen Armee in wenigen Wochen die südlichen Rebellen im Südwestzipfel Irlands eingekesselt. Der Haß seiner Gegner verfolgte ihn schon seit langem. Vor wenigen Tagen erst wurde gegen ihn ein Attentat verübt, dem er nur dadurch nicht zum Opfer fiel, daß er sich nicht in dem Auto, in dem die Mordmörder ihn vermuteten, befand. Freilich ist er nur um einige Tage dem ihm zugebachten tragischen Schicksal entgangen. Das zweite Komplott hat sein Ziel erreicht.

Die Sinnfeinerbewegung, die vordem im Kampfe gegen den alten Unterdrücker Englands die Sympathien fast der ganzen Welt für sich hatte, versetzt sich durch solche Mordmorde und durch den Kampf gegen den irischen Volkseigenen, also den klaren Grundgedanken jeder Demokratie, auch den letzten Rest des Verständnisses, das man ihr vielleicht noch entgegenbrachte. Sie stürzt damit das durch den Bürgerkrieg aufgewühlte Land von neuem in furchtbare Erregung und reizt die Anhänger der Verfassung zu neuen Vergeltungsmaßnahmen und zu neuen Untaten gegen diese Fanatiker. Umgekehrt freilich wird durch den gelungenen Anschlag der Kampfesmut der Anhänger der Valera von neuem wachend, und so ist unsicher, ob das Chaos im Süden noch viel schlimmer werden wird, als es bisher war.

England befindet sich bei alledem in einer außerordentlich prekären Lage. Gemäß dem Friedensschlusse hat die englische Regierung kein Recht mehr, sich in rein irische Dinge zu mischen. Andererseits kann sie kaum dulden, daß sich im englischen Reiche geradezu eine Art von Penultima breit macht, die sich nachgerade zu einem Schandfleck der Zivilisation auswächst. Sie wird sich also vielleicht trotz des Vertrages zu einem Eingreifen gezwungen sehen. Das um so mehr, als die Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Ulsterleute sich nun daran machen werden, den englisch-irischen Vertrag anzufechten, um sich den Süden zu unterwerfen. Vielleicht würde das England am Ende nicht einmal ungern sehen. Allein die englische Regierung

hat wahrhaftig den Kopf von anderen Sorgen voll genug, als daß es sie gelüsten könnte, von neuem an die Eroberung Irlands zu gehen!

Eine Rundgebung der Valera.

D. London, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Morning Post“ wird die Valera in den nächsten Tagen eine Rundgebung machen, in der er erklärt, daß die Verfassung eine irische Republik nicht gezeitigt haben. Die Rebellen werden aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und den Kampf mit gewöhnlichen Mitteln fortzusetzen. Die „Morning Post“ glaubt, daß die provisorische Regierung bereit sei, unter diesen Umständen mit der Valera zu verhandeln.

Der Austritt Dr. Siedekums.

Dr. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Zu der Meldung, daß das Staatskommissariat für die Groß-Hamburgische Frage am 20. September 1922 eingeben und Staatskommissar Dr. Siedekum aus diesem Amt scheiden werde, bemerkt der amtliche preussische Pressedienst: Der tatsächliche Inhalt der Meldung ist insofern richtig, als die preussische Staatsregierung in der Tat schon vor etwa zwei Monaten zum 30. September die Aufhebung des Staatskommissariats, das von vornherein nur als eine vorübergehende Einrichtung gedacht war, beschlossen hatte. Als die unmittelbaren Verhandlungen mit Hamburg damals ihren vorläufigen Abschluss gefunden hatten, schien der Augenblick gekommen, diese vorübergehende Einrichtung wieder aufzuheben zugunsten der Übertragung der Geschäfte auf die ordentlichen preussischen Behörden. Eine Desorganisation des Staatsministeriums Dr. Siedekum bedeutet dieser Beschluss nicht, da Dr. Siedekum als Staatskommissar lediglich die Politik des Staatsministeriums und des preussischen Landtags auszuführen hat.

Verstaatlichung der Sicherheitspolizei.

Dr. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Minister des Innern hat die Ausübung der Sicherheitspolizei mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab in den Städten Erfurt und Halle a. S. sowie in einer Reihe von Gemeinden der Rheinprovinz und Westfalen belandenden staatlichen Beamten übertragen. In den genannten Städten werden Polizeipräsidien errichtet, die die betreffenden Stadtteile umfassen und dem Ministerium des Innern unterstellt werden. Die kommunalen Polizeianglegenheiten werden weiter von den örtlichen Behörden erledigt werden.

Zwei neue Gesetzesentwürfe.

Dr. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Im Reichsministerium des Innern sind zwei neue Gesetzesentwürfe in Vorbereitung: Das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung über die Verhängung des Ausnahmezustandes und ein neues den gegenwärtigen Verfassungsvorschriften angepaßtes Reichsvereinsgesetz.

Die Schließung der Karlsruher Poststelle.

Dr. Karlsruhe, 23. Aug. Es war gemeldet worden, die Karlsruher Poststelle sei für einige Zeit geschlossen worden, um die Einreise aus Frankreich zu hindern. Es ist dies eine Reprise, die gegen die Ausweisung der Deutschen aus dem Elsass. Diese Ausweisung ist eine sehr einfache Sache. Die Poststelle hat auch in ruhigen Zeiten täglich einige hundert Gesuche um Einreisebewilligungen zu prüfen. Ein Teil dieser Gesuche wird schriftlich, ein anderer persönlich eingereicht. Dies letztere geschieht zum Teil durch hier lebende Verwandte oder Freunde der Antragsteller. Bekanntlich war die geschäftliche Verbindung zwischen Baden und Frankreich stets sehr eng. Das karlsruher Postamt der Post während der letzten acht Wochen, das zu Reisen nach Deutschland anreizt, hat nun ein richtiges Ansehen der Gesuche durch persönliche Vermittlung zur Folge, und das hat die Poststelle veranlaßt, ihre Räume für die vorübergehende Überführung für kurze Zeit zu schließen und die vorliegenden Gesuche schriftlich zu erledigen. Sobald dies geschehen ist, wird die Stelle dem Publikum wieder geöffnet werden. Der französische Konsul in Karlsruhe wurde von diesem Tatbestand seitdem genau unterrichtet, um ihn seiner Heimatbehörde mitteilen zu können.

Eine besondere Sitzung des sächsischen Landtags.

W.T.B. Dresden, 23. Aug. Der sächsische Landtag hat heute keine Ferienpause unterbrochen, um in einer besonderen Sitzung zum Volksbegehren auf Auflösung des Landtags Stellung zu nehmen. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf der Tagesordnung, der die befristete Auflösung des Landtags vorschlägt und bewirkt, daß der alte Landtag bis zum Zusammentritt des neuen nicht tagen soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Nach längerer, zum Teil stürmischer Aussprache beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl die Regierungsvorlage als den sozialdemokratischen Antrag zur weiteren Beratung an den Reichsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtags, in welcher der Landtag Bericht erstatten soll, ist für die erste Hälfte des Monats September in Aussicht genommen.

Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs durch die sächsische Regierung.

W.T.B. Dresden, 22. Aug. Die in der letzten Zeit von sächsischen Staatsangehörigen in den sächsischen Grenzbezirken vorgenommenen Massenankäufe von Gegenständen des täglichen Bedarfs und die dadurch hervorgerufene Erregung der einheimischen Bevölkerung veranlaßte die sächsische Regierung, die zugunsten des sogenannten kleinen Grenzverkehrs angeordneten Ausnahmen vom allgemeinen Warenverkehrsverbot außer Kraft zu setzen. Der Grenzverkehr bleibt nur den Personen gestattet, die in sächsischen Grenzorten in Lohn- oder Arbeitsverhältnis stehen oder sonst eine Tätigkeit ausüben, an der eine Grenzüber-

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Dr. Berlin, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen mit den in Berlin weilenden Vertretern der Reparationskommission werden ununterbrochen geführt. Täglich finden Konferenzen statt, denen hauptsächlich Reichsanwalt Dr. Wirth persönlich beisteht, der überhaupt keinen ganzen Einfluß ausübt, um die Verhandlungen zu einem für Deutschland günstigen Ergebnis zum Abschluss zu bringen oder zum mindesten zu erreichen, daß die Delegierten mit einem wahren Bericht über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach Paris zurückkehren. Dr. Hermes ist immer noch Patient und bedarf laut ärztlicher Anordnung dringend der Ruhe. Nachdem gestern Abend Braburn und Mauleire beim Reichsanwalt waren, der ihnen bei dieser Gelegenheit die von der Kabinetschekung beschlossenen deutschen Gegenentwürfe unterbreitete, sind für heute mittags die Herren wieder beim Reichsanwalt angemeldet. Sie haben wahrscheinlich alle verfügbare Zeit zur Diskussion über die deutschen Vorschläge benutzt. Die Verhandlungen werden nach wie vor hinter geschlossenen Türen geführt. Es kann jedoch nicht verhindert werden, daß ab und zu etwas von den Verhandlungen durchschlägt und von den überall hinhörnden Reportern aufgefingene wird. Wenn diese aufzufassenden Meldungen auch nicht den wahren Stand der Dinge treffen und infolge ihrer Aufmachung etwas übertrieben klingen, so haben sie doch in manchen Punkten recht gehabt. Über die heutigen Beratungen meldet die „B. Z.“, daß sie vor dem Wendepunkt stehen. Wenn die Entscheidung nicht heute fällt, so wird sie doch zum mindesten morgen fallen. Das Reichsfinanzministerium ist heute vormittags um 10 Uhr ebenfalls zu einer Sitzung zusammengetreten. Nach Schluß dieser Sitzung werden die Verhandlungen mit dem Reichsanwalt fortgesetzt werden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird diesmal auch daran teilnehmen.

Von einem Berliner Mittagsblatt wurde die Meldung gebracht, daß die Verhandlungen mit der Reparationskommission in ein kritisches Stadium getreten seien. Diese Nachricht habe die zuständigen Stellen veranlaßt, der Presse mitzuteilen, daß diese Meldung durchaus unzutreffend sei. Sie gibt auch nicht den Gang der Dinge richtig wieder. Es handelt sich lediglich um eine sensationelle Aufmachung. Ihre Unrichtigkeit wird schon dadurch gekennzeichnet, daß heute mittags 12.30 Uhr die beiden Delegierten der Reparationskommission mit dem Reichsanwalt und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes erneut zu Verhandlungen zusammengetreten sind, während das erwähnte Blatt die unmittelbare bevorstehende Abreise Braburns und Mauleires ankündigt. Die den Verhandlungen anwesende Vertrauensleute ist es nicht zu überlassen, die Verhandlungen zu machen, welcher Art auch die Verhandlungen sind und welchen Stand sie bisher erreicht haben. So viel jedoch darf gesagt werden, daß nach den seitigen Berichten ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliegt, wenn auch auch nicht gesagt werden kann, daß die Verhandlungen bereits der Einigung nahe sind. Die Verhandlungen haben sich in durchaus würdiger und ruhiger Form bewegt. Man ist auch bereit, in eine Prüfung der deutschen Vorschläge einzutreten. Auch die beiden Delegierten der Reparationskommission haben sich strenge Zurückhaltung an der Hand, so daß auch die Meldungen französischer Blätter über den Stand der Verhandlungen nichts anderes als halboffene Kombinationen sind.

Die Pariser Presse zu den Berliner Verhandlungen.

D. Paris, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin“ behauptet, Sir John Braburn, der sich große Mühe gebe, als Vermittler zu wirken, sei von dem offenkundigen Beweis schlechten Willens des Reichsanwalters sehr gekränkt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Reichsanwalt die Vorschläge der französischen Delegierten und die Katalysator eines englischen Kollegen allzu zurückgewiesen wurden. Dr. Wirth habe aber, um den schlechten Eindruck zu vermeiden, Gegenentwürfe gemacht. Der „Petit Parisien“ will wissen, daß die Verhandlungen bisher in einer sehr wenig günstigen Atmosphäre abgehandelt haben. Reichsanwalt Dr. Wirth, so sagt das Blatt, sei schon längst nicht mehr „der Mann der Erfüllungspolitik“. Er habe sich übrigens selbst die oberste Leitung der Verhandlungen vorbehalten und Reichsminister Dr. Hermes ausschließen nur als ersten Unterhändler vorgeschoben. Die Radio-Agentur veröffentlichte in vorgerückter Abendstunde eine Note, aus der hervorgeht, daß die Verhandlungen in Berlin in ein kritisches Stadium getreten seien. Sie sollen jetzt mehr darauf hinstellen, ein Mittel zu finden, um das Moratorium zu vermeiden, indem die Zahl der periodischen Zahlungen Deutschlands vermindert werde.

Frankreichs Stellungnahme zur österreichischen Wirtschaftskrise.

D. Paris, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Blätter befaßen sich ausführlich mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin und machen Stimmung gegen eine Verlängerung des Anschlusses an das Entente. So führt der „Eclair“ in einem offenbar informierten Artikel aus, der offizielle französische Standpunkt sei gegen jede Annäherung Österreichs an Deutschland. Dagegen könne niemand verhindern, daß Rom oder Prag das österreichische Problem zu lösen versuchen. Das Blatt bringt die plötzliche Abreise des Pariser italienischen Botschafters, Graf Stora, mit dem Zusammenkunft des österreichischen Bundeskanzlers mit dem Außenminister Schuschnigg in Verona in Verbindung. Die österreichische Katastrophe bedeutet zweifellos eine Gefahr für ganz Europa, aber die kleine Entente, so meint das Blatt im Hinblick auf die Marienbader-Konferenz, ist auf jede Eventualität vorbereitet. Der „Gaulois“ fordert ein sofortiges Eingreifen der Entente, um zu verhindern, daß Österreich zunächst wirtschaftlich und später politisch von Deutschland abhängig wird. Das Blatt regt die Aufbringung der hierzu erforderlichen Summe als ein für die Sicherheit Frankreichs erforderliches Opfer an. Der demagogische Geist, der bei der Fertigstellung der Friedensverträge gewirkt habe, trage die Schuld an dieser Art.

Ausicht für eine Anleihe an Oesterreich?

D. Paris, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß die österreichische Regierung gegenwärtig mit französischen, englischen und italienischen Bankiers unterhandelt, um eine Anleihe an Oesterreich zu beschaffen, die die österreichische Regierung zu ermöglichen, um die Währungsreform durchzuführen. Von Seiten der Banken sei man gewillt, dem österreichischen Gelde zu entsagen, wenn die Vorkasse gleichzeitig von den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens garantiert würden, zum mindesten in Höhe des Betrages von 10 Millionen Goldmarken. Die drei genannten Regierungen sollen auch bereit sein, eine solche Garantie zu leisten, wollen aber ihrerseits wissen, daß etwas Dauerndes geschaffen wird.

Die französische Regierung hat, wie der „Temps“ meldet, Dr. Benesch gebeten, dem Kassinet Seigel alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen, um die politische und wirtschaftliche Existenz Oesterreichs zu sichern. An amtlicher französischer Stelle sei von einer Einladung oder geplanten Pariser Reise Seignols nichts bekannt, dagegen wird an amtlicher Stelle verlautet, daß Frankreich nach wie vor gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland sei und daß auch die italienische Regierung den französischen Standpunkt teile.

Befriedigung in Wien.

D. Wien, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Presse gibt ihrer großen Freude und Befriedigung Ausdruck über den erfolgreichen Empfang des Bundeskanzlers Dr. Seipel in Berlin durch die deutsche Regierung. Die Blätter sprechen die zuverlässige Überzeugung aus, daß Deutschland alles tun werde, was in seinen Kräften steht, um dem österreichischen Volk in seiner tiefen Not beizustehen; andererseits verstehen sie nicht, daß die schwere Bedrängnis und Gebundenheit, in der Deutschland sich selbst befindet, seine Hilfe nur in gewissen Grenzen ermäßigt.

Eine Warnung der österreichischen Gewerkschaften.

W. T. B. Wien, 24. Aug. (Drahtbericht.) Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht in Form eines Aufrufes das Ergebnis einer öffentlichen gemeinsamen Beratung der Gewerkschaften und Gewerkschaftsleitung der sozialdemokratischen Partei über die durch die letzten Wirtschaftsverhältnisse sich ergebenden Folgen für die Mitglieder der Partei. In dem Aufruf wird die Arbeiterkraft vor dem Versuch einer gewaltsamen Lösung gewarnt, da ein solcher Versuch nur bewirken könnte, daß eine vollständige Zerstörung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung erfolge und eine Kontrolle durch fremde Marionette stattfindet. Deswegen werden die schon mehrfach ausgesprochenen Forderungen der sozialdemokratischen Parteien an die Regierung wiederholt und die Regierung wird aufgefordert, mit der Durchführung der Forderungen nicht mehr zu zögern. Schließlich wird der sofortige Zusammenritt des Nationalrates gefordert, um zu sehen, ob der gegenwärtige Nationalrat fähig ist die Wendung in der Wirtschaft und Finanzpolitik Oesterreichs zu vollziehen. Zutreffendfalls ist für die sozialdemokratische Partei eine teilweise Kooperation mit den bürgerlichen Parteien notwendig, um die Republik und die Volkswirtschaft aus der Gefahr zu retten. Im anderen Falle bleibt trotz aller Bedenken kein anderer Weg als die schließliche Durchführungen von Neuwahlen, um die Massen der Wähler selbst entscheiden zu lassen.

Eine Arbeitslosen demonstration in Wien.

D. Wien, 24. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Gestern vormittag fand in Wien eine Versammlung der Arbeitslosen statt, in der festgestellt wurde, daß die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung unausführbar sei. Nach kurzer Versammlung zogen die Arbeitslosen mehrere tausend Mann stark, vor das Parlament. Um die Mittagszeit verbreitete sich in der Menge das Gerücht, daß der Sozialist Fritz Adler ermordet worden sei. Die Demonstranten setzten durch dieses Gerücht in äußerster Erregung. Sie durchdrangen die die Ränge des Parlaments absperrende Polizeikette, kletterten die Rampe hinauf und einigen von ihnen gelang es, in das Haus einzudringen. Nur mit größter Mühe konnte die erregte Menge von Demonstrationen abgehalten werden. Die Wache mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen, und es kam zu einem Handgemisch, wobei einer der Demonstranten verletzt wurde. Nach einiger Zeit gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen. Einige Fenster und Eingangsfluren des Parlaments wurden mit Eiern zertrümmert. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Die demonstrierende Menge wurde auf ungefähr 6000 Mann geschätzt.

Teuerungsforderungen in Benthien.

W. T. B. Benthien, 23. Aug. Heute haben hier Kundgebungen gegen die Teuerung stattgefunden. Am Mittag veranstaltete die Volkspartei der Volkskammer einen U. m. a. g. Ausschritt, der nicht vorüberging.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Beisitzerwahlen zu den Versicherungsämtern.** Zurzeit sind die Wahlvorbereitungen für die Beisitzer zu den Versicherungsämtern im Gange. Die Allgemeinheit verzupft davon wenig, da lediglich die interessierten Verbände den Wahlkampf betreiben. Und dennoch sind die Aufgaben der Versicherungsämter derart vielfältig und von der größten sozialpolitischen Bedeutung, so daß sie weitgehende Beachtung verdienen. Die Versicherungsämter erstrecken sich in der Regel über den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde. Die Zusammensetzung ist folgende: Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde (im Wesen ein Landratsamt bezw. Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern) ist der Vorsitzende des Versicherungsamtes, dem die Geschäftsleitung und Leitung der Verhandlungen zusteht. In bestimmten, vom Gesetz festgelegten Fällen werden Vertreter der Versicherten als Beisitzer zugezogen, welche zur Hälfte aus Arbeitgebern und aus dem Kreise der Versicherten entnommen werden. Ihre Zahl beträgt außerdem mindestens zwölf. Außerdem werden bei jedem Versicherungsamt ein oder mehrere Sprachauschüsse sowie ein Beiratsausschuss gebildet, welche aus dem Vorstehenden, sowie einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter bestehen. Die Versicherungsämter bilden in dem Aufbau des Behördenapparates der Reichsversicherungsordnung den Unterbau. Für die Krankenkasse sind die Aufsichtsbehörde sowie bei Streitigkeiten zwischen den Beteiligten und dem Versicherungsnehmer erste Instanz. Letztere werden im Beschluß- und Sachverstand erachtet. Vergleichbar wurden den Versicherungsämtern eine ganze Reihe von Einzelaufgaben, sei es in Form von Genehmigung, Verfügung oder tatsächlicher Führung in Fragen der Kranken-, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung zugewiesen. An der Wahl der Beisitzer sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise interessiert. Für das Versicherungsamt Wiesbaden sind die Vorklassierten getrennt für Unternehmer und Versicherte bis zum 2. September d. J. einzutreten. Jede Vorklassierte hat dreimal soviel Namen zu entwerfen, als Versicherungsvertreter zu wählen sind. Von den vorgeschlagenen Namen sollen mindestens die Hälfte der Unfallversicherung unterstehen und in der Reihenfolge aufgeführt werden, daß mindestens an jeder ungenannten Zahlenfolge ein Unfallversicherter kommt. Um die Kosten und sonstige hindernde Umstände möglichst zu beseitigen, bestimmt die Reichsversicherungsordnung, daß der größte Teil der Vorklassierten an dem Sitz des Versicherungsamtes selbst oder nicht über 10 Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein soll. Wahlberechtigt sind die Vorstandsmitglieder der Orts-, Betriebs- und Innungsfach, die im Bezirk des Versicherungsamtes zum wenigsten 50 Mitglieder haben. Bei den knappenoffiziellen Krankenkassen wählen an Stelle der Arbeitnehmerordnungsmitglieder die für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen Knappenoffizialen die Beisitzer. Weibliche Vorstandsmitglieder haben jetzt gegenüber früher sowohl als auch passives Wahlrecht. Die Wahlen werden getätigt nach den Grundrissen der Verhältnisse. Das Führen enthalten die allgemeinen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. R. A. D.

— **Überdrückte Tabaksteuerzeichen.** Beim Verkauf von Zigaretten in Kisten, die mit überdrücktem Steuerzeichen versehen sind, wird den Händlern häufig der Vorwurf gemacht, daß sie die Steuerzeichen der zu billigen Preisen eingelaufenen Zigaretten selbst überdrückt hätten, um einen unangerechneten Verdienst zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß der Überdruck der Steuerzeichen für Tabaksteuerzeichen aller Art durch die Reichsdruckerei oder unter amtlicher Überwachung geschieht und daß die dem Überdruck entsprechende höhere Steuer erhoben wird. Der Überdruck wurde angeordnet, um die aus der Zeit der Einführung des Tabaksteuerzeichens noch vorhandenen Vorräte an Tabaksteuerzeichen für niedrige Preislagen, die infolge der allgemeinen Preiskleinerung der Tabakwaren nicht mehr benötigt werden, für höhere Preislagen verwendbar zu machen.

— **Verkaufspreis und Wucherer.** Im Hinblick auf die ununterbrochenen Schwankungen der Preissteigerung im Groß- und Kleinhandel und die dadurch hervorgerufene Schwierigkeit, sich mit der bestehenden Wuchererregelung abzufinden, hat sich der Reichsverband der deutschen Kolonialwarenhändler mit einer dringlichen Eingabe an den Reichsfinanzminister gewandt, in der es u. a. heißt: „Die kolonialpolitische Marktwirtschaft hat viele Tausende von selbständigen Existenzen aus untern Berufsstellen an den Bettelstab gebracht. Der Lebensmittelhändler, gezwungen durch gesetzgeberische Maßnahmen, hat sich im wahren Sinne des Wortes „arm“ verkauft. Er ist dadurch ein Opfer einer die Zeitverhältnisse völlig außer acht lassenden Gesetzgebung geworden. Die Hauptverlammlung des Reichsverbandes weist die Mitglieder

auf die zwingende Notwendigkeit hin, angesichts der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, die Preissteigerung nach der Gesetzgebungs-Theorie der letzten Wuchererregelung vorzunehmen, für alle Aufträge aus früheren Abrechnungen und Lagerbeständen als Verkaufspreis den am Tage des Verkaufs nachweisbar geltenden Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen, zusätzlich eines angemessenen Zuschlages für die allgemeinen Geschäftskosten. Wo ausnahmsweise ein Wiederbeschaffungspreis nicht ermittelt werden kann, wird empfohlen, den Verkaufspreis der reinen Geldbewertung anzupassen. Die strafrechtliche Verantwortung des einzelnen für eine Preisbemessung nach diesen Richtlinien bleibt bestehen. Die Verbände werden aber bei einem wegen einer nach diesen Richtlinien vorgeschrittenen Preisbemessung eingeleiteten Strafverfahren mit ihrer ganzen Autorität den Schutz des Einzelnen übernehmen.“

— **Ein Gang durch die deutsche Geschichte.** Die Wiesbadener Portrassgemeinschaft, der sich jetzt noch der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und der Mittelschul-Lehrer-Verein angeschlossen haben, veranstaltet demnächst eine Reihe von Vorträgen, die in der Aula des Museums II, am Hofplatz, Samstagsabends um 8 Uhr, vom 4. November bis 18. Dezember, stattfinden werden. Es handelt sich um einen Gang durch die deutsche Geschichte, der mit einem Vortrag von Prof. Dr. Schulz-Marburg über „Bismarck und die deutsche Reichsverfassung“ seinen Abschluß finden wird. Zuerst wird Gebhard Rindnerat Prof. Dr. von Schubert-Heidelberg über „Die Grundlagen der deutsch-fränkischen Kultur im Frühmittelalter“ sprechen. Es folgt Professor Dr. Sappe-Heidelberg mit einem Vortrag über „Deutschlands Silberrolle in der früheren Kaiserzeit“ und einem zweiten über „Die Bedeutung der kaiserlichen Epoche deutscher Geschichte“. Dann wird ein Wiesbadener, Professor Dr. Bigener-Gießen, über „Deutschland im letzten Mittelalter“ sprechen. Die drei nächsten Abende gebietet Professor Dr. Künzel-Frankfurt a. M., der über „Deutschland in und nach dem Dreißigjährigen Krieg“, über „Friedrich den Großen und Maria Theresia“ und über „Niederlande und Wiedergeburt Deutschlands im Zeitalter Napoleons“ sprechen wird. Mit Rücksicht auf das gewählte Thema werden die akademischen Hochschulkurse Ende September und im Oktober einleitende Vorträge über ältere orientalische und römische Kaiserzeit bringen. Für die der früheren Kulturminister und jetzige Unterstaatssekretär Dr. Beder und Prof. Dr. Couard Meyer-Berlin als Redner gewonnen wurden.

— **Überflüssige Beamte.** Der Reichspostminister führt in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister u. a. aus, daß die Zahl der Arbeitskräfte der Reichspost- und Telegraphenverwaltung den verminderten Bedarf übersteige. Die Zahl der überflüssigen Beamten sei auf 20 000 bis 25 000 zu schätzen, hauptsächlich Beamte der Gruppe 6 bis 8, insbesondere Sondergeprüfte aus der Laufbahn der Postanwärter. Wichtige Belange des Reichs bedingten es, daß so rasch wie möglich diese überflüssigen Beamten bei anderen Reichsverwaltungen nützlich und beschäftigt werden. Die Post- und Telegraphenverwaltung habe in dieser Beziehung Schwierigkeiten verursacht und Beamte beantragt, die früher Unterführungsstellen an ihre Verwaltung gerichtet hatten. Auch das Reichsfinanzministerium sowie andere Reichsbehörden hätten die Postverwaltung bei ihren Bemühungen nicht genügend unterstützt, indem sie neue Kräfte einstellten, obwohl sie wußten, daß die Postverwaltung Beamte abgeben könne. Trotzdem müsse an der Durchführung der durch die Interessen des Reichs gebotenen Maßnahmen festgehalten werden. Das Reichsfinanzministerium möge deshalb mit den Bedarfsverwaltungen Rücksprache nehmen.

— **Die Geldkassen reichen nicht mehr.** Die Geldkassen reichen in vielen Vorständen für die Eintragung der Geldbeträge nicht mehr aus, da die Zahlenreihen immer länger werden. So mußte jetzt das Eisenbahn-Zentralamt die Reichsbankdirektionen bitten, durch die zuständigen Stellen eine eingehende Prüfung vornehmen zu lassen, bei welcher die Verbreiterung der Geldkassen infolge erheblichen Anwachsens der Geldbeträge unumgänglich nötig ist. Bei diesen Vorständen sollen die nötigen Geldkassen-Abmessungen festgestellt werden. Es dürfte sich empfehlen, dabei an die Zukunft zu denken und nicht nur an die augenblicklich nötigen Zahlenreihen.

— **Für 700 Millionen Mark Lebensmittel nach Deutschland.** Wie der Berliner Lokalanzeiger erzählt, wird der Schnell-Dampfer „Drona“ von der Royal-Mail-Dampfer-Linie dieser Tage aus New York in Hamburg einlaufen und 55 Waggons Lebensmittel aus Chicago mitbringen, und zwar als erste Lieferung einer Bestellung von 10 Millionen Pfund Sterling, die eine amerikanische Firma nach Deutschland übernommen hat. Die Bestellung ist selbst für amerikanische Verhältnisse außerordentlich hoch.

(25. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Einsiedler vom Schredhorn.

Schredhornroman von M. B. Schredhorn.

Es konnte dies nur Paul Bonomi sein, der sie hier oben suchen wollte, der durch ihre Mutter und den von ihr unten zurückgelassenen Brief erfahren hatte, daß sie hier heraufgestiegen war.

Ihre Lippen schlossen sich zu einem herben und verächtlichen Lächeln zusammen.

Paul Bonomi spielte hier oben keine vorteilhafte Rolle. In den Salons unten, auf dem spiegelnden Parkett mochte er bestimmend sein und auch wie eine Persönlichkeit erscheinen, weil die Außerlichkeit entscheidend blieb. Mode, Förmlichkeit und Phrase täuschten unten, aber da oben fiel alles dies wie Schmutz ab, da brach alles Hohle zusammen und alles, das nicht innerlich auch stark war.

Und so mußte er wie ein Bündel in diese gewaltige, machtvolle Felseneinsamkeit heraufgezerrt werden.

Eine lächerlich wirkende Erscheinung. Und dieser Mann würde dann mit dem Recht eines konventionellen Geheimes ihr Herr werden.

Der Einsiedler begann schon wieder weiterzuschreiten, als sich Herta erst besann, daß sie doch auf seine letzten Worte auch antworten mußte, und leise, als schämte sie sich für diesen dort unten, erklärte sie:

„Es ist nicht jeder für die Luft hier oben geschaffen.“

Eine Weile war es darauf still; dann blieb der Einsiedler nochmals stehen und wandte sich ihr zu, wobei er langsam nickte:

„Sie haben recht! Es ist auch nicht jeder für die Stille der Niederungen geschaffen. Der eine wird elend dort unten, der andere wiederum zerbricht hier oben. Keiner hat daher ein Recht, den einen oder den anderen zu verurteilen. Es hat lange gedauert, bis ich nun das durch Sie erst hörte und begreifen lernte. Bisher glaubte ich, die da unten und die aus den

Schatten des Tales kommen, verachten zu dürfen. Nein! Ihr Leben wurzelt in den gleichen Trieben, nur in anderen Formen. Genau so haben diese das Recht der Verachtung für mich. Nur mehr gegenseitiges Verstehen müßte sein! Das danke ich nun Ihnen, daß ich das erkannte.“

Aber Herta dachte bei diesen Worten wieder nur an sich selbst und was ihr geschehen war, und nur deshalb konnte sie nichts anderes antworten:

„Ob das gegenseitige Verstehen allein genügt, wenn dabei doch kein Weg zueinander möglich ist?“

Ob er dies Wort gehört und verstanden hatte?

Er schritt bereits wieder weiter.

Und bei einem Ausschau nach den drei bemerzte Herta, daß bereits Hände zu ihnen emporkamen.

Jedenfalls waren sie schon erkannt worden, und die Gruppe unten verhielt sich nur noch wartend.

Immer näher kamen sie den drei und immer deutlicher war die Gestalt Paul Bonomis zu erkennen, der bereits aus der Ferne heftig gestikuliert, als könne er sich dadurch schon verständlich machen.

Nah am Rande des Moränenwalles trafen sie dann mit der ihnen entgegenkommenden Gruppe zusammen, die außer aus dem bereits erkannten Paul Bonomi aus dem alten Führer Moderegger und einem zweiten mit dem Namen Perathoner bestand.

Herta trat zuerst auf Paul Bonomi zu und fragte überrascht:

„Wie kommst du hier herauf, Paul. Ich schrieb doch, daß ihr mich zuhause erwarten solltet.“

Dabei wollte der Einsiedler, der inzwischen das Seil, das ihn noch mit Herta verbunden, losgelöst hatte, diskret zurücktreten, um nicht Zeuge der folgenden Aussprache zu werden.

Aber ohne erst auf die Worte Hertas zu hören und ihr zu antworten, ging Paul Bonomi dicht vor den Einsiedler hin und rief ihm mit überschallender Stimme zu, wobei seine schwächliche Erscheinung, die zu deutlich auch die Spuren einer Erschöpfung und einer körperlichen Schwäche zeigte, in einem auffallenden

Kontrast zu der hohen, beherrschenden Gestalt des Einsiedlers stand:

„Sie sind schuld, Sie ganz allein! Wie durften Sie das wagen, meine Braut ohne mein Einverständnis mitzunehmen?“

Überrascht über diesen plötzlichen Angriff schaute ihn der Einsiedler an, aber ehe er dazu kam, eine Antwort darauf zu geben, entgegnete Herta mit einem gereizten Tone in der Stimme:

„Vergiß nicht, daß ich immer noch über mich selbst bestimme und daß dieser Herr nicht ahnte, was du ihm als Vorwurf ins Gesicht schleuderst.“

Diese unerwartete Unterstufung, die hier der Einsiedler von einer für Paul Bonomi am wenigsten erwünschten Seite fand, reizte diesen noch mehr, der zudem verzerrt über die ihm ganz ungewohnten Strapazen war, so daß er mit seinen Anklagen noch heftiger wurde:

„Dieser Herr! Freilich, dieser Herr, natürlich! Was für ein Herr? Er hat es ja nicht einmal der Mühe wert gefunden, sich vorzustellen.“

Nun wandte sich der Einsiedler an Herta; weich und wie Vergebung suchend klang dabei seine Stimme:

„Verzeihen Sie! An diese Förmlichkeit hatte ich nicht gedacht; ich hätte nicht vergessen dürfen, daß auch hier oben die Welt nicht zu Ende ist.“

„Nein!“ widersprach Herta, lebhafter werdend. „Ich hatte nicht gefragt und hatte auch keine Veranlassung dazu. Mir genügt, daß ich Sie als den kenne, den Sie den Sie sich mir gaben.“

Aber schon wieder wandte sich Paul Bonomi protestierend dazwischen:

„Er wußte schon, warum er sich nicht vorstellte! Natürlich, ganz natürlich, aber glücklicherweise weiß ich alles. Alles! Haha! Ich weiß, warum er nicht als anständiger Mensch gelten will, wie du gesagt hast. Wenn einer im Zuchthaus gefesselt ist, dann ist ihm wohl jeder Anspruch auf einen anständigen Menschen verloren gegangen.“

(Fortsetzung folgt.)

Einweihung des neuen Kirchsaales
Niedlicher Straße 8.
Sonntag, den 27. August: Festgottesdienst
10 u. 4 Uhr. Nachfeier 5½ Uhr im Vereins-
hause, Platter Straße 2. Alle Glaubensgenossen und
Freunde des Reiches Gottes sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand der ev.-lutherischen
Dreieinigkeitsgemeinde.

Handkoffer,
Damentaschen, Brieftaschen, Zigarren-Etuis,
Portemonnaies in größter Auswahl. 761
A. Leischert, Faulbrunnenstr. 10.

Elektr. Licht in Beisteuer,
Kraftanlagen betriebsfertig, Telephon- und Signal-
anlagen in solider Ausführung. Lager in Lampen,
Bügeleisen, Koch- und Heizapparaten und vorräthige
Motoren.

Albert Stöppler
Rathstraße 28 Part. Telephon 5124.

